

Medienmitteilung CO2-Gesetz

Thema	Vernehmlassung zum CO2-Gesetz
Für Rückfragen	Jan Flückiger, Tel +41 31 323 05 30, Mobile +41 79 440 71 25
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	17. März 2009

Grünliberale fordern CO2-Abgabe auch auf Treibstoffen

Die Grünliberalen setzen sich für eine langfristige und nachhaltige Klimapolitik mit weitreichenden Zielen ein, die sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert. Die Reduktion der Klimagase ist ökologisch notwendig und eine ökonomische Chance für mehr Innovation und den Forschungsstandort Schweiz. Eine nachhaltige Klimapolitik stärkt aber auch den Produktionsstandort Schweiz. Für das revidierte CO2-Gesetz fordern sie deshalb die Variante 1 „Verbindliche Klimaziele“. Die Grünliberalen wollen aber noch mehr: Gesamthaft soll eine Reduktion von 30% der Treibhausgas-Emissionen angestrebt werden, davon mindestens 22% im Inland. Im Weiteren sollen im revidierten CO2-Gesetz Reduktionsziele bis 2050 verankert werden. Zudem fordern die Grünliberalen, dass die CO2-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe als verbindliche Massnahme ins Gesetz aufgenommen wird. Eine Ausdehnung der CO2-Abgabe auf Treibstoffe (Benzin, Diesel, Erdgas etc.) ist ein essentieller Bestandteil einer verursachergerechten und nachhaltigen Klimapolitik.

Die Grünliberalen setzen sich für eine langfristige und nachhaltige Klimapolitik mit weitreichenden Zielen ein, die sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert. Für das revidierte CO2-Gesetz fordern sie deshalb die Variante 1 „Verbindliche Klimaziele“, jedoch mit weiterreichenderen Zielen als vorgeschlagen: Gesamthaft soll eine Reduktion von 30% der Treibhausgas-Emissionen angestrebt werden, unabhängig von den Zielen der EU. Von diesen 30% sollen mindestens 22% durch Massnahmen im Inland erreicht werden. Weitergehende Reduktionen können durch den Kauf von Zertifikaten im Ausland erworben werden. Die Variante 2 lehnen die Grünliberalen ab, da sie keine verbindlichen Ziele für inländische Massnahmen beinhaltet und hauptsächlich durch finanzielle Überlegungen geleitet wird. Eine nachhaltige Klimapolitik muss prioritär im Inland ansetzen. Dies eröffnet auch Chancen für die Forschung und Entwicklung, generiert nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Inland und erschliesst neue Absatzmärkte.

Im Weiteren fordern die Grünliberalen, dass im revidierten CO2-Gesetz Reduktionsziele bis 2050 verankert werden. Dies mit dem Ziel einer langfristigen und nachhaltigen Klimapolitik.

Die CO2-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe soll als verbindliche Massnahme – und nicht als Kann-Formulierung - im CO2-Gesetz aufgenommen werden. Sowohl das Verursacherprinzip wie die vollständige Internalisierung externer Kosten sollen hiermit voll umgesetzt werden.

Für die der Schweiz angerechneten ausländischen Zertifikate braucht es verbindliche Qualitätskontrollen und klare Richtlinien, damit diese die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllen. Die Schweiz hat diese Kriterien festzulegen und zu kontrollieren.

Beteiligt sich die Schweiz am Europäischen Emissionshandelssystem, muss erstens das Reduktionsziel der EU für Grosseemittenten auch dann übernommen werden, wenn dieses aufgrund späterer Verhandlungen erhöht wird, und zweitens muss – wie es ab 2012 in der EU gilt – die Schweizer Luftfahrt ins europäische Emissionshandelssystem eingeschlossen werden.

Im Weiteren fordern die Grünliberalen eine umfassende und nachhaltige Anpassungsstrategie für die Schweiz, um mit den Folgen der Klimaänderung umzugehen und allfällige Chancen zu nutzen. Diese Anpassungsstrategie soll vom Bund koordiniert werden und auch regionale Aktivitäten in den Kantonen umfassen

Siehe auch die ausführliche Vernehmlassungsantwort im Anhang.